

Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Dienstag, 22.10.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:17 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesenheit:

Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	in Vertretung von Herrn Köster-Sollwedel, (bis 20:09 Uhr)
Herr Joachim Brunnet - CDU	
Herr Thorsten Büchner - SPD	
Herr Dominic Dehmel - SPD	
Herr Dr. Ralf Musket - SPD	
Herr Stefan Schartner - FDP	
Herr Jan Sollwedel - B90/Die Grünen	in Vertretung von Frau Dr. Baumann
Herr Wieland Stötzel - CDU	in Vertretung von Frau Schaffner
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM	
Herr Dr. Hermann Uchtmann - MBL	
Herr Uwe Volz - B90/Die Grünen	
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei	(bis 20:02 Uhr)

Anwesend waren

vom Magistrat:	Herr Bürgermeister Dr. Kahle
von der Verwaltung:	Herr Rau – Stadtwerke Marburg Consult Frau Stey – Stadtwerke Marburg Consult Herr Friedrich - Geschäftsstelle
als Gäste für die Agenda-AGs:	Frau Dr. Ackermann – AG Ökologie Herr Althaus – AG Verkehr Herr Schuchart – AG Verkehr
weitere Gäste	Herr Emmerich - Seniorenbeirat Herr Moss – BI „Lebens- & Wohnqualität in der Oberstadt“ Herr Conrad – OP-Marburg 6 weitere Gäste

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen Form und Frist der Einladung erheben sich keine Bedenken.

Zur Tagesordnung schlägt der Vorsitzende Volz vor, die Vorlage der BfM betr. Oberstadt (VO/2693/2013) als TOP 7 (statt 9) vorzuziehen, um dem Vertreter der BI Oberstadt die Möglichkeit geben zu können, zur Sache zu sprechen. Dieser Vorschlag wird angenommen.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2013

Die Niederschrift wird einstimmig angenommen.

TOP 2 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21

AG Ökologie

Frau Dr. Ackermann berichtet, dass die AG zwischenzeitlich nicht getagt habe.

AG Nachhaltige Stadtentwicklung

Der Sprecher der AG, Herr Haberle, ist leider verhindert. Er lässt für die Arbeitsgruppe Nachhaltige Stadtentwicklung folgendes vom Sprecher der AG Verkehr, Herrn Schuchart, berichten:

„Nachdem die Technische Hochschule Mittelhessen bereits zweimal mit Studierenden Masterarbeiten unter Prof. Bark zur möglichen Untertunnelung der Stadtautobahn in Marburg vorgestellt hat, sollen nun unter der Leitung von Prof. Jahnen mit Studierenden der Fachabteilung Städtebau weitere Masterarbeiten erstellt werden. Diesmal Entwürfe, die eine städtebauliche Weiterentwicklung des Stadtbildes beleuchten, wenn die trennende Wirkung der Stadt durch die B3a entfällt. 40 Studierende mit Prof. Jahnen kommen deshalb am 22.10. zu einer Ortsbesichtigung, um den Verlauf und das städtebauliche Umfeld der Autobahn zu besichtigen. Prof. Jahnen hat bereits mit seinen Studierenden Entwürfe für den "Campus der Zukunft - Fulda" in Zusammenarbeit mit der dortigen FH erarbeitet. Darüber hinaus hat er als Vorsitzender des Preisgerichts für den Ideenwettbewerb "Wissenschaftsgärten Landesgartenschau 2014 Gießen" die Auslobung geleitet. Die Agenda kann sich deshalb glücklich schätzen, dass ein solch kompetenter Experte im Städtebau für die zukunftsweisende Stadtentwicklung in Marburg gewonnen werden konnte, besonders vor dem Hintergrund der avisierten Bundesgartenschau in unserer Stadt durch Oberbürgermeister Vaupel für 2028.“

AG Verkehr

Der Sprecher der AG, Herr Schuchart, berichtet aus der letzten Sitzung. Die AG bittet darum, dass die Straßenverkehrsbehörde zu den im Protokoll der AG unter „2“ aufgeführten Punkten Stellung nimmt. Dieser Textabschnitt lautet wie folgt:

„Der Arbeitskreis stellt

- zum einen fest, dass nach wie vor in der Frankfurter Straße (Abschnitt zwischen Stresemannstraße und Kreuzung Gisselberger Straße) infolge starken und verkehrswidrigen Parkens des MIV die Gehwege durch Fußgänger, Kinderwagen- und Rollstuhlnutzer oder andere mobilitätseingeschränkte Personen nur sehr eingeschränkt nutzbar sind. Andere Formen des Parkens des MIV könnten hilfreich sein.
- Zum zweiten bestehen Gefährdungen des NMIV infolge Parkens und Wendens der PKW auf dem Zuweg zum Rad- und Fußweg Am Krekel in Höhe der Einmündung des Recyclinghofs (DBM). Hier schlägt der Arbeitskreis die Wiederinbetriebnahme der (zwischenzeitlich) maroden Schranke bzw. Absperrung vor.
- Generell -also ohne jetzt einen bestimmten Ort im Auge zu haben- sollte überdacht werden, ob an bestimmten auch später am Abend oder am frühen Morgen stark frequentierten Kreuzungen und Überwegen die Lichtsignalanlagen aus Sicherheitsgründen (statt

des permanenten Gelb) wieder in den Normalbetrieb geschaltet werden sollten.

Zu allen diesen Punkten bittet die Lokale Agenda um Stellungnahme der Verkehrs- respektive der Ordnungsbehörde.“

Zudem bekräftigt die AG die Forderung mehrerer AG´s der Lokalen Agenda 21 in dem „Alten Botanischen Garten“ keine weitere Zuwegung zu errichten.

**TOP 3 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 2/5 „Campus Firmanei, Deutscher Sprachatlas“**

- **Bericht über die Ergebnisse der Prüfung der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen**
- **Satzungsbeschluss**
- **Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplans**
Vorlage: VO/2683/2013

Die Vorlage wird mit 6 Ja-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MBL) bei 2 Nein-Stimmen (CDU) und 1 Enthaltung (Marburger Linke) zur Annahme empfohlen.

Aussprache wird angemeldet.

**TOP 4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einrichtung der Stelle eines Langsamverkehrbeauftragten
Vorlage: VO/2452/2013**

Der Vorsitzende, Herr Volz, berichtet, dass er im Vorfeld der Sitzung mit dem Antragsteller, dem Stadtverordneten Herrn Köster-Sollwedel, gesprochen habe. Dieser Antrag soll erst im November beraten werden, da Herr Köster-Sollwedel in der heutigen Sitzung nicht anwesend sein kann.

Diesem vorgeschlagenen Vorgehen wird einvernehmlich zugestimmt.

TOP 5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Keine Fahrpreiserhöhung im ÖPNV, Vorlage: VO/2456/2013

Der von den Stadtverordneten gewünschte Bericht wird den Mitgliedern des Ausschusses schriftlich vorgelegt (siehe auch PDF-Anlage). Für die Stadtwerke Marburg Consult beantworten Herr Christoph Rau und Frau Birgit Stey die Fragen der Stadtverordneten.

Ergänzend zu dem Antrag der Marburger Linke schlagen die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen anderen Antragstext vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung hält die vom RMV angekündigte Fahrpreiserhöhung für Einzelfahrten in der ersten Preisstufe (von 1,80 € auf 2,10 €) ab Dezember für besonders hoch.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, umgehend mit dem RMV zu verhandeln, den Anstieg abzumildern, und der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Ferner soll in diesen Verhandlungen versucht werden, im Tarifgefüge des RMV zusätzlich einen preisgünstigen ‚Kurzstreckentarif‘ einzuführen “

Dieser Änderung stimmt für die antragstellende Fraktion die Stadtverordnete Bauder-Wöhr zu.

Der geänderte und ergänzte Antrag von Marburger Linke, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird im Anschluss zur Abstimmung gestellt und mit

6 Ja-Stimmen /SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Marburger Linke) bei 2 Nein-Stimmen (CDU) und 1 Enthaltung (MBL) zur Annahme empfohlen.

Aussprache wird angemeldet.

TOP 6 Antrag der Piratenpartei betr. Pilotprojekt kostenloses WLAN in Marburger Bussen, Vorlage: VO/2649/2013

Die Stadtwerke Marburg haben zu dem Antrag wie folgt Stellung genommen:

„Die Stadtbusse mit WLAN auszurüsten stellt keine besondere technische Herausforderung dar. Vor dem Hintergrund, dass es in Marburg keine Hotspots gibt, über die der Datentransfer von uns zu den Bussen hergestellt werden kann, muss auf eines der Mobilfunknetze zurückgegriffen werden. Die investiven Kosten belaufen sich nach Auskunft der Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein auf bis zu 1.500 € je Fahrzeug, dazu kommen Einbaukosten von geschätzten 400 €. Die konsumtiven Kosten liegen bei ca. 600 € je Bus und Jahr. Die einmaligen Kosten für die Registrierung der das WLAN-Angebot im Bus Nutzenden liegt bei 10 €.

Detailfragen zum verfügbaren Datenvolumen und dessen Qualität, die möglicherweise durch die gleichzeitig im Netz angemeldeten Anwender beeinflusst wird, wären mit dem Mobilfunkanbieter selbstverständlich im Vorfeld noch zu klären. Für ein lückenloses WLAN-Angebot wären sämtliche im Marburger Linienverkehr eingesetzten Busse umzurüsten. Die Gesamtkosten dafür lägen im ersten Jahr bei ca. 200 Tsd. €, danach reduzierten sie sich mit dem betrieblichen Kosten für Wartung, Instandsetzung sowie den Kosten des Mobilfunkanbieters auf ca. 70 Tsd. € pro Jahr. Die in Hamburg gemessenen Log-in-Zeiten liegen bei 30 Minuten. In Marburg verbringt der Kunde im Durchschnitt gerade mal 10 Minuten im Bus, die verbleibende Log-in-Zeit liegt voraussichtlich darunter. Dass das Internet-Surfen auch ohne die Bereitstellung eines WLAN-Netzes praktiziert wird, lässt sich schon heute vielfach in unseren Bussen beobachten. Es wäre auf der einen Seite für den Kunden sicherlich die kostengünstigere Variante mittels eines frei zur Verfügung gestellten WLAN-Netzes im Internet zu surfen, sie würde auf der anderen Seite jedoch auch die ohnehin angespannte wirtschaftliche Situation des Nahverkehrsbetriebes zusätzlich belasten.“

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme (Marburger Linke) gegen 7 Nein-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU) und 1 Enthaltung (MBL) zur

Ablehnung empfohlen.

**TOP 7 Antrag der BfM betr. Oberstadt
Vorlage: VO/2693/2013**

Der Vorsitzende des Ausschusses unterbricht die Sitzung von 19:43 bis 19:50 Uhr, um einem Vertreter der BI „Lebens- und Wohnqualität Oberstadt“, Herrn Christopher Moss, die Möglichkeit zu geben, die Haltung der BI dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben. Der Wortlaut des Berichtes liegt dem Protokoll bei.

Noch vor der Abstimmung verlassen die Stadtverordneten Herr Dr. Weber und Frau Bauder-Wöhr die Sitzung.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen (MBL, CDU) gegen 5 Nein-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Ablehnung empfohlen.

Aussprache wird angemeldet.

**TOP 8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Lärmschutz unterer Richtsberg
Vorlage: VO/2659/2013**

Der Vorsitzende des Ausschusses schlägt vor, dass dieser Tagesordnungspunkt vertagt wird, da kein Vertreter der antragstellenden Fraktion mehr anwesend ist, Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

**TOP 9 Antrag der ‚Bürger für Marburg‘ betreffend Einrichtung eines Runden
Tisches „Parkraum-Marketing“
Vorlage: VO/2664/2013**

Die antragstellende Fraktion beantragt die getrennte Abstimmung zu den einzelnen Antragssätzen – diesem Vorschlag wird zugestimmt. Der Vorsitzende stellt daher die Sätze 1-3 getrennt zur Abstimmung.

Satz 1

wird mit 0 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen (Bürgermeister Dr. Kahle präzisiert: „bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt“)

Satz 2

wird mit 4 Ja-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bei 1 Nein-Stimme (MBL) und 3 Enthaltungen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU) zur Annahme empfohlen.

Satz 3

wird mit 0 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MBL) und 2 Enthaltungen (CDU) zur Ablehnung empfohlen.

Aussprache wird angemeldet.

**TOP 10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD-Fraktion
betr. Errichtung eines Buswartehäuschens an der Haltestelle Südbahnhof-
West, Vorlage: VO/2703/2013**

Der Antrag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

**TOP 11 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Zugang zum Südbahnhof für Menschen mit Rollstühlen Richtung Frankfurt
Vorlage: VO/2704/2013**

Der Antragstext wird wie folgt ergänzt (fett gedruckt):

„Der Magistrat wird gebeten die Deutsche Bahn AG und den RMV aufzufordern, dass auch für den Südbahnhofbahnsteig in Richtung Frankfurt der Zugang für Menschen mit Rollstühlen aber auch mit Fahrrädern und Kinderwagen, **wie beispielsweise** über eine Rampe, möglich wird, wie dies bei allen anderen Abgängen der Fußgängerbrücke über Bahn und Autobahn bereits der Fall ist.“

Der geänderte Antrag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

**TOP 12 Antrag der MBL-Fraktion betrifft: Fahrradabstellplätze Oberstadtaufzug
Vorlage: VO/2705/2013**

Der Antrag wird wie folgt geändert:

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie zusätzliche Stellplätze für Fahrräder und Abhilfe beim chaotischen Fahrradparken am Oberstadtaufzug geschaffen werden können“

Der geänderte Antrag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

**TOP 13 Mitteilung des ZMW - Verbindungsleitung von Wohratal und Stadtallendorf nach Südhessen
Vorlage: VO/2702/2013**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 14 Verschiedenes

Der Stadtverordnete Dehmel berichtet:

- dass an der Wettergasse in Höhe von Hussel das Schild „Schloßsteig – früher Judengasse“ entfernt worden sei und bitte um Ersatz
- von einer Baustelle in der Wettergasse (ebenfalls Höhe Hussel) und fragt an, wann die Baumaßnahme beendet sei, da insbesondere in den Abendstunden die Wegesituation für Fußgänger schwierig sei.

Der Stadtverordnete Volz berichtet, dass der von den Vereinten Nationen beauftragte Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)) im September seinen neuesten Sachstandsbericht vorgelegt habe. Darin sei der aktuelle wissenschaftliche Konsens über den Klimawandel von mehr als 800 Wissenschaftlern aus aller Welt zusammengestellt. Der Bericht, eine Kurzfassung, deutsche Zusammenfassungen der Kernaussagen und weitere Hintergrundinfos dazu seien unter dem folgenden Link zum download erhältlich: <http://www.de-ipcc.de/de/200.php>

Bürgermeister Dr. Kahle berichtet von der Meldeplattform des Radtourenplaners Hessen. Hier können den Kommunen schnell beschädigte Wegweiser, Schlaglöcher, zugewachsene Wege etc. mitgeteilt werden. Zu finden unter: www.meldeplattform-radverkehr.de .

Weitere Ergänzungen werden nicht eingebracht.

Marburg, 23.10.2013

Jochen Friedrich
Schriftführer

Anlage:

Bericht der BI „Lebens- und Wohnqualität in der Oberstadt“,
vorgetragen von Herrn Christopher Moss

„Die Bürgerinitiative „Lebens- und Wohnqualität in der Oberstadt“ möchte sich für diese Gelegenheit bedanken, einige Punkte vorzustellen, die sie zurzeit beschäftigen. Gern stelle ich fest, dass die Oberstadt durchaus eine Lebens- und Wohnqualität hat. Das Interesse der Mitglieder der Bürgerinitiative ist es, die Marburger Oberstadt so zu behalten. In der Oberstadt kommen mehrere Gruppierungen zusammen, die sicherlich alle – allerdings von verschiedenen Blickwinkeln, die Oberstadt schätzen. Es sind die Familien, viele von denen wohnen zum Teil seit Generationen in der Oberstadt, es sind die Studierenden, die das bunte Leben in der Oberstadt schätzen, es sind die Besucher, die sich die vielen historischen Gebäude und Gassen ansehen und letztlich auch die Kaufleute, die ihre Geschäfte oder Marktstände hier betreiben. Das sehr erfolgreiche Marburger Sanierungskonzept, das vor nunmehr zehn Jahren ausgelaufen ist, hat dazu beigetragen, dass diese Gruppen erfolgreich miteinander Nachbarschaft gepflegt haben. Die Situation hat sich seit dem Auslaufen des Sanierungsprojekts stark verändert.

Auf dem ersten Blick, wenn man vom Oberstadtaufzug zum Marktplatz kommt, sieht alles schmuck und einladend aus. Liebevoll renovierte Fachwerkhäuser, Blumenschmuck und so weiter. Gaststätten und Cafés aneinander gereiht. Wer nicht in der Oberstadt wohnt, findet das sicherlich alles sehr attraktiv. Aber sobald man in die Seitengassen geht – wohin es viele Besucher hinschlägt – sieht die Welt ganz anders aus.

Aber die Bewohner der Oberstadt haben Sorgen und Nöte. Diese sind oft genug vorgetragen worden – sei es bei den Sitzungen der Bürgerinitiative an denen auch Politiker teilnehmen, sei es an größeren Versammlungen sowie wie in der ersten Jahreshälfte in diesem Saal, sei es über die Stadtverordneten bei ihren Versammlungen.

Leider müssen wir feststellen, dass Zusagen seitens des Magistrats und des DBM für Abhilfe zu sorgen scheinbar nicht eingehalten wurden, oder zumindest noch nicht erfüllt wurden. Um es deutlich zu sagen: viele Bewohner der Oberstadt fühlen sich schlicht und einfach nicht ernst genommen. Es könnte sehr leicht der Eindruck entstehen, dass man die von den Bürgerinnen und Bürgern gemachten Eingaben einfachen aussitzen will.

Ich will einige Punkte näher erläutern

1. Müll

– trotz eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung hat sich die Situation nicht verbessert. Nach wie vor stehen überquellende oft herrenlose Mülltonnen überall auf den Strassen. Es hat wieder mehrfach gebrannt, so dass eine Gefahr für die alte Bausubstanz und vor allem für die Gesundheit der Bewohner besteht. Offenbar hat es einen Versuch gegeben, eine Bestandsaufnahme zu machen. Dabei ist es wohl geblieben. Wenn man bei der Stadt nicht einmal weiß, wem welche Mülltonnen gehören, sind alle anderen Maßnahmen zunächst zwecklos. Es hatte kurzzeitige Verbesserungen durch einige Gespräche von Mitarbeitern des Ordnungsamts mit Anwohnern gegeben. Nach kurzer Zeit ist wieder alles beim alten.

2. Sicherheit

- es wurde zugesagt, dass die Präsenz durch Polizei und Ordnungsamt in der Oberstadt – vor allem an Wochenenden – verstärkt wird. Damit hätte es sicherlich

eine Verbesserung zum Beispiel bei exzessivem Lärm, Vandalismus gegen. Aber statt der zugesagten Verstärkung ist die Präsenz reduziert worden – die Oberstadtwache ist nur noch mit einem Mitarbeiter besetzt und Umstrukturierungen sind geplant, die die Präsenz noch mehr reduzieren werden.

3. Bevölkerungsstruktur

Seit dem Auslaufen des Sanierungsprogramms hat sich die Bevölkerungsstruktur in der Oberstadt geändert. Wohnraum für Familien ist vielfach in studentischen Wohnraum umgewandelt worden, wobei es durchaus verständlich ist, dass Studierende auch in der Oberstadt wohnen wollen. Die Gewichtsverschiebung bringt aber andere Probleme mit sich: wer kurzfristig zur Miete wohnt, interessiert sich nicht so sehr für sein Umfeld. Gerade vor umgewandeltem Wohnraum häuft sich der Müll, weil weder die Bewohner noch die Hausbesitzer sich kümmern. Häufig werden die Häuser nicht so gepflegt, wie die, die von den Eigentümern (zumindest zum Teil) selbst bewohnt werden. Die neue Bevölkerungsgruppe hat andere Einkaufsgewohnheiten, so dass viele Nahversorger – Metzger, Bäcker usw. aufgeben müssen und durch Gaststätten ersetzt werden. Das führt wiederum wieder zu Lärm und Dreck, so dass einige Familien, die zum Teil seit Generationen in der Oberstadt leben, entnervt aufgeben, wobei die Oberstadt gerade für Familien weiter attraktiv bleiben sollte. Ein Beispiel – bis vor einem Jahr wohnten mehr als 10 Kinder im Umfeld der Kugelgasse – jetzt sind es nur noch die Hälfte! Es ist zu befürchten, dass dieser Trend sich fortsetzen wird. Kurzfristige Vermietungen können dazu führen, dass die Nachhaltigkeit der alten gewachsenen Strukturen gefährdet ist. Die Gefahr ist groß, dass dieser Trend sich bei dem Wochenmarkt vor dem Rathaus fortsetzt, weil die Änderung der Bevölkerungsstruktur dazu führt, dass die Stammkundschaft ausbleibt. Nicht zuletzt, weil der Markt oft anderen Festivitäten weichen muss, anstatt ihn darin zu integrieren.

Kurzum: die Bewohner der Oberstadt möchten weiterhin in einer ausgewogenen Umgebung leben, ohne ständig mit Müll und Lärm und Vandalismus konfrontiert zu werden. Wir hoffen, dass der Magistrat und die nachgeordneten Dienststellen unsere Sorgen endlich ernst nehmen und nach besten Kräften für Abhilfe sorgen.“